

Protokoll des Workshops „Sinti und Roma im Rhein-/Ruhrgebiet“

Freitag, 25. November 2005, 14-19 Uhr

Das Forum Geschichtskultur an Ruhr und Emscher hatte mit Unterstützung des Stadtarchivs Dortmund Ende November 2005 zu einem Austausch jener Forscherinnen und Forscher eingeladen, die zu dem Themenbereich „Sinti und Roma im Rhein- / Ruhrgebiet“ gearbeitet haben bzw. dies noch tun.

Karola Fings (Köln) stellte, in Abweichung von der angekündigten Beschäftigung mit der Rolle der Kriminalpolizei unter dem Titel „Die Zigeunerpersonalakten der Kripo Köln“ Ergebnisse ihres gemeinsam mit Frank Sparing verfassten Buches „Rassismus, Lager, Völkermord. Die nationalsozialistische Zigeunerverfolgung in Köln“ vor, das sich zu dem Zeitpunkt noch im Druck befand. Der Bestand der Zigeunerpersonalakten der Kriminalpolizeistelle Köln ist mit 810 Akten aus Köln und Aachen – die Polizeistelle Köln war für die Regierungsbezirke Köln, Aachen, Trier und Koblenz zuständig – der größte überlieferte Bestand (HStA Düsseldorf); daneben existieren noch 600 Akten in Magdeburg, des weiteren in Berlin, Duisburg (vgl. Beitrag Lüpke-Schwarz), sowie 14 Akten in Nürnberg und zwei in Paderborn.

Von den 1.583 seitens der Kölner Kriminalpolizeistelle als „Zigeuner“ erfassten Personen wurden, so Fings, 1.095 in den beiden Deportationswellen, im Mai 1940 und von März bis Mai 1943 deportiert. Fings interessierte sich insbesondere für jenen Personenkreis, der der Deportation entging. Im Einzelnen lassen sich entlang der Ausnahmeregelungen des sog. Auschwitz-Erlasses vom Januar 1943 hierzu folgende Aussagen treffen: Aufgrund ungeklärter Staatsangehörigkeit wurden zwei Einzelpersonen und drei Familien von der Deportation zurückgestellt, des weiteren 25 sog. „Reinrassige“ und 12 Personen, die „im weiteren Sinne“ zu den „Reinrassigen“ hinzu gerechnet wurden, 11 „sozial Angepasste“, ein Wehrmachtangehöriger sowie 19 „Zigeuner“, die in eine Zwangssterilisation eingewilligt hatten, der sich theoretisch alle Nicht-Deportierten zu unterziehen hatten. 30 Jenische wurden als „Nicht-Zigeuner“ kategorisiert; 21 Personen vermochten unterzutauchen; 40 Menschen waren vorab verstorben, bei anderen lassen sich die Gründe nicht mehr rekonstruieren. Eine überraschend große Gruppe (225) lebte in einer sog. „Mischehe“ mit einer „deutschblütigen“ Person, wobei die Ehen teils per Zwangsscheidung, teils per Deportation getrennt wurden. Es gab, so Fings, keine Beliebigkeit des Handelns gegenüber „Zigeunern“, da für jede Ausnahme eine Begründung vorlag.

Marc von Lüpke-Schwarz (Göttingen) hat im Rahmen seiner Magisterarbeit den lückenhaften Duisburger Bestand von 30 Akten (datiert vom Januar 1939 bis zum Dezember 1944) im HStA Düsseldorf gesichtet, anhand dessen er das verwaltungstechnische Vorgehen der Duisburger Kriminalpolizei gegenüber den Duisburger „Zigeunern“ nachzeichnete. Mittels eines Erfassungsbogens, den die der Duisburger Dienststelle übergeordnete Kriminalpolizeistelle Essen selbst entworfen hatte – dieser wurde dann bald von einem einheitlichen Formular des Reichskriminalpolizeiamtes (RKPA) abgelöst –, wurden rund 160 Personen „zigeunerspezifisch“ nach Namen, Ehepartnern und „Wanderbezirken“ erfasst. Ein „Zigeunerahnentafelbuch“ – Entsprechungen aus Aktenbeständen anderenorts sind nicht bekannt – wurde angelegt, um die Genealogie bis zu drei Generationen zurück zu verfolgen. Dies gelang jedoch in keinem Fall, denn das Dezernat hatte schließlich sämtliche Personenangaben zu überprüfen. Was die Beamten jedoch nicht daran hinderte, den Kreis der zu Erfassenden von Amts wegen sehr weit zu fassen.

Die Beamten waren in erster Linie an einer „zigeunerfreien“ Stadt Duisburg interessiert; so wurden etwa Fortzüge aus der Stadt grundsätzlich befürwortet. Lüpke-Schwarz sprach von einem „enormen Handlungsspielraum“ bzw. „weitgesteckten Rahmen“, den die Beamten genossen hätten. Himmlers Erlass vom April 1940, 2.500 „Zigeuner“ aus Westdeutschland in das Generalgouvernement abzuschicken, resultierte in der Deportation von 330 Personen aus dem Raum Düsseldorf und dem westlichen Ruhrgebiet, davon allein 85 aus Duisburg. Der Auschwitz-Erlass von Januar 1943 bot den Beamten eine weitere Möglichkeit, ihr Ziel zu erreichen. Auch dieser Erlass wurde rigide ausgelegt, da die geltende Bestimmung, bei fehlenden Gutachten individuell zu entscheiden, von den Kriminalbeamten stets zuungunsten der Betroffenen ausgelegt wurde. Aus diesem Anlass wurden 41 Menschen von Duisburg nach Auschwitz deportiert.

Eine Gruppe blieb außerhalb des Fokus der Beamten, nämlich die der „sozial Angepassten“. Die für diese Personengruppe vorgesehene Zwangssterilisation lässt sich für Duisburg in keinem Fall nachweisen, was ein Licht auf die Diskrepanz zwischen den Vorstellungen des RKPA sowie der rassenhygienischen Forschungsstelle auf Reichsebene und deren Umsetzung auf lokaler Ebene wirft. Insgesamt waren es 143 „Zigeuner“ bzw. „Zigeunermischlinge“, die von den Kriminalbeamten aus Duisburg „entfernt“ wurden. Sie erwartete KZ-Lagerhaft, die Deportation in das Generalgouvernement

oder die Internierung in das Zigeunerlager des KZ Auschwitz. Todesfälle – darunter sechs im Gouvernement – waren den Beamten nachweislich bekannt.

Diskussion zu den Beiträgen von Fings und Schwarz:

- Rüdiger Benninghaus schlug vor, lückenhafte Bestände durch die Hinzuziehung der ortspolizeilichen Unterlagen zu ergänzen.
- Karola Fings ergänzte, dass sie nicht nur Kölner Akten herangezogen habe; die Möglichkeiten der Rekonstruktion hängen von der Quellenlage ab. „Selbst geschaffene Problemlagen“ wurden von den Beamten abgeschoben, mit der genaueren Personenerfassung wurde den Opfern zugleich die Möglichkeit entzogen, unter einem fremden Namen in einer anderen Stadt unterzutauchen.
- Mechthild Brandt verwies darauf, dass Unterlagen zu den „Zigeunern“ oftmals in Asozialen- und Obdachlosen-Aktenbeständen zu finden seien.
- Michael Zimmermann nannte als drei Möglichkeiten wideretzlichen Verhaltens die Ausschöpfung juristischer Mittel, Flucht und Irreführung der Behörden, wobei von Widerstand nicht gesprochen werden könne. In den Akten finde sich nur das, was die Kriminalpolizei festgestellt haben wollte, so dass sich Formen wideretzlichen Verhaltens nur über andere Zugänge – wie z. B. der Oral History – eruieren lassen.

Stefan Goch (Gelsenkirchen) konnte seine bereits 1999 fertig gestellte Untersuchung der „Verfolgung und Ermordung von Sinti und Roma während des 'Dritten Reiches' im Raum Gelsenkirchen“ auf einer relativ gut erhaltenen Quellenbasis aufbauen, zu der auch eine in den Akten der Rassenhygienischen Forschungsstelle überlieferte und von Goch auszugsweise präsentierte Fotoserie gehört. Es war möglich, die Lebenswege von 300 Sinti und Roma zu recherchieren, deren Konzentration auf einem Lagerplatz am Rhein-Herne-Kanal im Dezember 1934 einsetzte. Eine entscheidende Maßnahme zur Erfassung aller Sinti und Roma im Stadtgebiet bestand darin, dass Fürsorgeleistungen ab 1938 an das Wohnen auf diesem Platz gekoppelt waren. Im April 1939 lebten dort 42 Familien, insgesamt ca. 220 Personen. Aufgrund von Beschwerden seitens der Anlieger wurde das Lager an den Standort Reginenstraße verlagert, von dem aus deren Bewohner 1940 zunächst nach Köln deportiert wurden. Bemerkenswert ist, dass die zurückgelassenen Wagen von der Stadtverwaltung unmittelbar weiterveräußert wurden, da mit einer Rückkehr der Bewohner offenbar nicht mehr gerechnet wurde. Bei 31 der Gelsenkirchener Sinti und Roma konnte die Deportation in das Generalgouvernement nachgewiesen werden, 164 wurden in Auschwitz ermordet, bei 48 Menschen ist das Schicksal unbekannt.

Mechthild Brandt (Hamm i. W.) präsentierte die Ergebnisse ihrer langjährigen, bislang unveröffentlichten Forschungsarbeit vor Ort. Grundlagen ihrer Recherchen zum „Zigeunerlager“ im proletarischen Hammer Westen bildeten Entschädigungsakten, Akten des Jugendamtes, des Museums Auschwitz, des Staatsarchivs Münster, Entnazifizierungsakten sowie Zeitzeugenbefragungen (Brandt hat u. a. 30 Zeitzeugen der Deportation ausfindig machen können) und Interviews mit sechs Überlebenden. In dem Lager waren annähernd 120 Menschen zwangsweise untergebracht, die bis dahin in der lokalen Gesellschaft recht gut integriert waren. Als Beispiel solidarischen Handelns seitens der Bevölkerung erwähnte Brandt eine Nonne aus einer benachbarten Kirchengemeinde, die zahlreiche Jungen als Messdiener einsetzte und mit Lebensmitteln versorgte. 80 bis 90 Personen wurden deportiert; 12 Männer überlebten, die nach ihrer Rückkehr als Staatenlose geführt wurden. Die Stadtverwaltung verhinderte nach 1945 die erneute Niederlassung; verwandtschaftliche Beziehungen wurden bei nicht-standesamtlichen Ehen aberkannt und Entschädigungen verweigert. Bis in die Mitte der 1980er Jahre bemühten sich Sinti immer wieder um feste Stellplätze und Unterkünfte. Seit zehn Jahren gibt es ein städtisches Projekt für die nach dem Krieg hinzugezogenen Lalleri (ca. 230 Personen), an dem auch Frau Brandt persönlich beteiligt war und u.a. bei zahlreichen Einbürgerungen helfen konnte. Zitat Brandt: „Wir in Hamm [haben] wirklich gelernt, wie weit die Traumata bis in die Gegenwart gehen.“

Diskussion zu den Beiträgen von Goch und Brandt:

Auf die Frage, ob und wann die Unterlagen veröffentlicht werden, verwies Mechthild Brandt auf Hindernisse wie eine fehlende Finanzierung und eine Auseinandersetzung mit dem Hammer Stadtarchiv bzgl. der Rechte an den vorliegenden Unterlagen.

Michael Zimmermann postulierte, dass es eine Aufgabe des Forums sein müsse, bei der Veröffentlichung der Arbeit behilflich zu sein.

Karola Fings betonte, dass sie die Anonymisierung der Opfer in Publikationen generell für unerlässlich hält und Personendaten nur unter Forschenden ausgetauscht werden sollten. Die Forschung kann i.

d. R. nur auf die Täterperspektive zurückgreifen und deren Handeln rekonstruieren. Es gelte, die Namen und z. T. intimsten Daten der Opfer mit besonderer Sensibilität zu behandeln.

Stefan Goch hielt es für problematisch, dass das „Täterwissen“ in keinem Verhältnis zu den Überlieferungen der Opfer stehe, was auch in der Forschung zu einer Kategorisierung führe. Eine Anonymisierung hält er für überflüssig, wenn persönliche Angaben bereits in anderen Publikationen veröffentlicht worden seien; mit dem NRW-Informationsfreiheitsgesetz werde im Übrigen das Archivgesetz „ausgehobelt“.

Rüdiger Benninghaus hielt die Angabe der Namen für hilfreich, wenn es darum gehe, auch noch eine andere Geschichte – wie die der Migration, die des Verhältnisses zwischen Zigeunern und Nicht-Zigeunern etc. – aufzuarbeiten (Rom e.V. plant derzeit eine Publikation zu Geschichte und Ethnografie der Zigeuner im Rheinland, zweiteilig: Bild- und Aufsatzband).

Martina Kliner-Fruck (Witten) verwies bei der Diskussion über das Thema der Anonymisierung auf das Allgemeine Archivgesetz und insbesondere auf die Schwierigkeiten im Umgang mit Fotografien der Opfer. Die Frage der Veröffentlichung von Namen sollte andernorts nochmals eingehender besprochen werden. Für ihren Vortrag „Die Verfolgung von Sinti und Roma in Witten. Von Versatzstücken oder von der Ausblendung öffentlichen Bewusstsein“ hatte sie die in ihrem Archiv (StA Witten) vorhandenen Unterlagen gesichtet; daraus gehe hervor, dass das dortige, nach jetzigem Kenntnisstand unbewachte Sammellager im März 1943 geräumt wurde. Ca. 50 Wittener Sinti und Roma wurden nach Auschwitz deportiert, von denen die wenigsten überlebten. Es gibt, so Kliner-Fruck, in Witten vor allem seit den 1990er Jahren relativ viele Gedenkveranstaltungen und -projekte für ehemalige Wittener Juden sowie ZwangsarbeiterInnen, wohin gegen das Gedenken an die Sinti und Roma der Stadt keine Rolle spiele. Seit 1998 werden, regelmäßig zum Tag der Befreiung von Auschwitz, die Namen der ermordeten Wittener Juden veröffentlicht, jedes Mal um den Satz ergänzt: „Die Schicksale der Sinti und Roma, die sich im Zigeunerlager Dorneywald befanden und nach Auschwitz deportiert wurden, sind bisher unbekannt.“ Rückmeldungen seitens der Stadtverwaltung oder des Stadtrats liegen bis heute nicht vor.

Lutz Berger (Bochum) zeichnete in seinem Vortrag das Schicksal einzelner Bochumer Sinti und Roma nach. Ausgehend von den bereits bekannten Namen der Bewohner eines Wattenscheider Lagers hatten Mitglieder des VVN Bochum nach denjenigen eines weiteren Lagers in der Stadt recherchiert. Anhand der Gedenkbücher des Museums Auschwitz ließen sich die Namen von Bochumer Sinti und Roma ermitteln, hinzu kamen Recherchen bei den einzelnen Gedenkstätten. Nach Herausgabe der Broschüre „Verachtet, vertrieben, verfolgt. Die Verfolgung der Sinti und Roma in Bochum und Wattenscheid“ im Jahre 2002 meldeten sich einige Überlebende; von denen manche bis zu ihrer Deportation in ihren eigenen Wohnungen lebten. Berger wies auf eine erste, von Seiten der VVN organisierte Gedenkveranstaltung hin. Aufgrund ihrer Initiative ist in Bochum ein Park nach einer

Michael Zimmermann resümierte abschließend den Stand der regionalen Forschung: Seit den 1980er Jahren sei die Beschäftigung mit marginalisierten Gruppen, so auch mit den „Zigeunern“, ein Thema. Es gebe Lokalstudien (Monografien und Übersichtsaufsätze) zu Gelsenkirchen, Bochum, Duisburg, Herne, Recklinghausen, Essen. Es könne derzeit mit Arbeiten aus Hamm, Witten, eventuell auch aus Oberhausen und dem Ennepe-Ruhrkreis gerechnet werden. Dortmund nehme eine Zwischenstellung ein (Zimmermann verwies auf den Katalog der Gedenkstätte, bemängelte jedoch das Fehlen eines Übersichtsaufsatzes); das Forum Geschichtskultur solle eine umfassende Archivumfrage durchführen (Kommunal- und Hauptstaatsarchive, Entschädigungsstellen), um eine Übersicht über die Bestände zu erlangen.

Den Erkenntnisstand fasste er wie folgt zusammen: Es gab Ausnahmeregelungen für diejenigen, die nicht deportiert werden sollten; die Etikettierung, wer „Zigeuner“ oder „Zigeunermischling“ sei, wurde lokal durchgeführt, das Reichskriminalpolizeiamt gab „lediglich“ Klassifikationskriterien vor, d. h. die Eigenverantwortlichkeit der Kriminalstellen vor Ort war sehr groß. Das Wissen von dem Schicksal der Betroffenen war weit verbreitet („Mit einer Rückkehr nach hier ist nicht zu rechnen“, Gelsenkirchen). Allgemein sei ein Denken in Wertigkeitskategorien vorhanden gewesen.

Neue Perspektiven der Forschung eröffnen sich, wenn man Unterlagen anderer Gruppen mit in die Betracht einbezieht, z. B. „Asoziale“, „Berufsverbrecher“, „Obdachlose“. Auch seien die Unterlagen bestimmter Institutionen, wie z. B. Waisenhäuser, Hilfsschulen zu berücksichtigen. Inzwischen sei es möglich, interkommunale Vergleiche vorzunehmen, wobei die lokalen Forschungsergebnisse wie z. B. aus Duisburg und Köln aufgrund unterschiedlicher Verfolgungsmuster nicht ohne weiteres auf andere Regionen zu übertragen sind. Auch greife die Fokussierung auf Deutschland allein zu kurz, die Verfolgung der „Zigeuner“ müsse als europäisches Phänomen betrachtet werden.

Des Weiteren werde zu wenig mit Materialien der Betroffenen gearbeitet, deren Überlieferungspraxis vorwiegend mündlich geprägt sei. Die Beschäftigung mit Sicht- und Verhaltensweisen der Opfer müsse intensiviert werden (Materialien wären etwa Aussagen in den Entschädigungsakten oder Oral-History-Interviews). Zimmermann verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass sich viele Interviews im Lüdenscheider Institut für Geschichte und Biographie befänden. Zu beachten sei auch, dass unter den Betroffenen nicht selten auch Nationalsozialisten zu finden seien. Wünschenswert wäre außerdem die Berücksichtigung unterschiedlicher Wahrnehmungsmuster (Männer – Frauen, Integrierte – Nicht-Integrierte).

Die Zeit nach 1945 sei dabei noch nicht hinreichend aufgearbeitet. Zimmermann nannte die Themen Entschädigung (hierzu seien derzeit zwei Promotionsprojekte mit Düsseldorfer Entschädigungsakten anhängig: Julia von dem Knesebeck, Martin Feyen), Institutionengeschichte – was geschah sowohl institutionell als auch personell nach 1945?, lokale „Zigeunerpolitik“ nach 1945 (Peter Widmann hat diese für Freiburg und Straubing aufgearbeitet), Lebensgeschichte der Betroffenen nach 1945. Wichtig wäre auch, so Zimmermann, die intensive Beschäftigung mit den Fotografien der Betroffenen. Möglichkeiten der Bildbetrachtung sind derzeit für dieses Material noch überhaupt nicht austariert. Für die Interpretation der Stereotype könne Eve Rosenhaft aus Liverpool für einen Vortrag eingeladen werden, die zu diesem Thema arbeite. Zudem wäre die Hinzuziehung von Ethnologen bei der Bearbeitung dieser Thematik sinnvoll, auch wenn auf diese Weise der Regionalbezug durchbrochen würde. Trotz aller Desiderate könne sich das Rhein-/Ruhrgebiet im interregionalen Vergleich insgesamt gut sehen lassen.

Teilnehmer / Teilnehmerinnen:

- Marc von Lüpke-Schwarz, M.A.: Promotionsstudent an der Universität Göttingen
- Volker Gerwers, Honorarmitarbeiter an der Mahn- und Gedenkstätte der Steinwache, Mitherausgeber von „Verachtet, vertrieben, verfolgt. Die Verfolgung der Sinti und Roma in Bochum und Wattenscheid“
- Lutz Berger, Mitherausgeber der Broschüre „Verachtet, vertrieben, verfolgt. Die Verfolgung der Sinti und Roma in Bochum und Wattenscheid“, VVN Bochum
- Dr. Karola Fings, NS-Dokumentationszentrum Köln, arbeitet seit Ende der 1980er Jahre zu dem Thema
- Michael Okroy, M.A., freier Mitarbeiter der Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal
- Rüdiger Benninghaus, hat sich mit Akten im Sauerland beschäftigt; Mitglied im Rom e.V. Köln
- Berthold Bartel, M.A., arbeitet zum Thema Antiziganismus
- PD Dr. Stefan Goch, Mitarbeiter des Instituts für Stadtgeschichte Gelsenkirchen, Autor der Arbeit „Mit einer Rückkehr nach hier ist nicht mehr zu rechnen“, Verfolgung und Ermordung von Sinti und Roma während des "Dritten Reiches" im Raum Gelsenkirchen
- PD Dr. Michael Zimmermann, beschäftigt sich seit fast 20 Jahren mit der Thematik, Autor von „Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische "Lösung der Zigeunerfrage““
- Mechtild Brand: beschäftigt sich seit Anfang der 1990er Jahre mit dem „Zigeuner“-Lager in Hamm
- Dr. Martina Kliner-Fruck, Leiterin des Stadtarchivs Witten; beschäftigt sich seit Ende der 1980er Jahre mit der Thematik
- Kurt Holl, Rom e.V. Köln, enge Zusammenarbeit mit Überlebenden bezüglich Entschädigung und Wiedererlangung der deutschen Staatsangehörigkeit seit den 1980er Jahren
- Lore Junge, Förderverein der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund; VVN Dortmund, Herausgeberin der Publikation ?
- Marlene Tyrakowski, hat im Frauengeschichtsverein Köln zu Frauen im NS gearbeitet; ist aktuell an einem Schulprojekt für Roma-Flüchtlingskinder beschäftigt (Träger: Rom e.V.)
- Dieter Knippschild, Stadtarchiv Dortmund
- Hans Hermann Pöpsel, Journalist, hat zu dem Thema in Ennepetal gearbeitet
- Susanne Abeck, Geschäftsführerin Forum Geschichtskultur an Ruhr und Emscher e.V.